

Fraktion

Auch diese Fraktionssitzung stand vor allem im Zeichen von Corona. Wie sollte es auch anders sein, wenn große Teile der Bevölkerung existentielle Sorgen haben, um ihren Arbeitsplatz fürchten und/oder nicht wissen wie sie ihre Kinder betreuen sollen. Doch allen akuten Maßnahmen, die getroffen werden müssen, zum Trotz, dürfen wir nicht unsere wichtigsten Projekte in Verzug geraten lassen. Dazu gehört die **Grundrente**. So gern die Union die aktuelle Krise nutzen würde, um die von ihr ungeliebte Alterssicherung unter den Tisch fallen zu lassen — wir bleiben da beharrlich. Zumal, was nutzen den Beschäftigten, die zur Zeit beklatscht werden — Kassierer*innen, Paketbot*innen, Pfleger*innen — die Balkonreden, wenn sie zum Schluss die niedrigsten Renten haben. Also, wir bleiben dran.

Ganz aktuell und nah am Thema hat das Bundeskabinett am Mittwoch auf unser Drängen beschlossen, das [Kurzarbeitergeld zu erhöhen](#), damit Arbeitnehmer*innen langfristig besser durch die Krise kommen.

Auch wichtig: Um schnell und bestmöglich auf Auswirkungen der Corona-Pandemie reagieren zu können, hat die SPD eine **Task Force „Soziale Folgen der Corona-Pandemie“** eingesetzt. Sie besteht aus Mitgliedern der Fraktion, der Regierung, der Ländervertretungen und des Parteivorstands. Sie identifizieren Probleme und organisieren schnell Lösungen im Zusammenspiel mit den Sozialpartnern.

Plenum

In schweren Zeiten achtet die Bevölkerung besonders auf Zeichen der Solidarität — zu Recht. Wir Bundestagsabgeordneten haben in seltener Einmütigkeit beschlossen, die **Diätenerhöhung**, die jährlich an die Lohnentwicklung von Richtern angepasst wird, in diesem Jahr **auszusetzen**. Angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme der vielen Menschen, die in Kurzarbeit sind oder um ihren Job bangen, wäre alles andere unangemessen.



So leer ist es derzeit rund um den Reichstag.

Wir haben zudem in 1. Lesung über ein Gesetz zur **Abmilderung der Pandemie-Folgen für Veranstalter** beraten. Rund 80.000 Veranstaltungen wurden für März bis Mai abgesagt, was Schäden in Höhe von 1,25 Mrd. Euro bedeutet. Doch die Veranstalter*innen werden von uns nicht allein gelassen. Sie werden mit dem Gesetz berechtigt, den Inhabern der Eintrittskarten statt der Erstattung des Eintrittspreises einen Gutschein zu übergeben. Wichtig dabei: Der Inhaber des Gutscheins kann dennoch die Auszahlung des Gutscheinwerts unter bestimmten [Bedingungen](#) verlangen.

Innen

Ich habe viele Zuschriften bekommen, mit der Bitte um **Rettung der Schutzbedürftigen auf den griechischen Inseln**. Ich möchte daher kurz, anhand der 47 Kinder, die Deutschland am Samstag erreicht haben, die komplexe Lage von uns SPD-Bundestagsabgeordneten veranschaulichen. In harten Verhandlungen mit der Union, die immer wieder Gründe sucht, warum eine Aufnahme von Menschen auch im kleinen Format nicht sein kann oder darf, haben wir eine Teilnahme an einer Rückholaktion besonders Schutzbedürftiger von den griechischen Inseln durchgesetzt. Wir haben schon in diesen Verhandlungen viel Zeit verloren; die Verhandlungen mit den anderen europäischen Ländern haben noch einmal Zeit gekostet. Nach der Übereinkunft mit 8 weiteren EU-Ländern waren UNHCR und andere Hilfsorganisationen mit der Auswahl der Kinder überfordert und brauchten



So arbeiten wir derzeit im Ausschuss — schön getrennt, auf der Besuchertribüne mit Mundschutz.

Zeit. Die griechische Regierung ebenfalls. Daher erst nur 50 ausgewählte Kinder. Von den 50 hatten drei akut ansteckende Krankheiten und konnten deshalb nicht mitkommen. Die Mithilfe der europäischen Länder bleibt — bis auf das kleine Luxemburg — gänzlich aus. Und wir Sozialdemokraten stehen vor der Herausforderung,

diesen Prozess jetzt erneut in Ganz zu setzen, um weitere kranke Kinder nach Deutschland holen zu können — mit einem Koalitionspartner, der Sand ins Getriebe streut, sehr zögerlichen europäischen Partnern und unwillig erscheinenden Griechen. Wir bleiben dran.

Landwirtschaft

In der Arbeitsgruppe Landwirtschaft haben wir diese Woche einen Antrag unserer Gesundheitspolitiker beraten, der sich mit Maßnahmen zur globalen Gesundheit befasst. Durch die sich aktuell schnell ausbreitende COVID-19-Pandemie sind die Themen der Pandemieprävention sowie des Gesundheitskrisenmanagements in den Fokus der Weltgemeinschaft gerückt. Neu auftretende **Infektionskrankheiten** sind immer häufiger auf wechselseitige Übertragung zwischen Tier und Mensch, sog. **Zoonosen**, zurückzuführen. Der (illegale) weltweite Handel mit Exoten und Wildtieren erhöht das Risiko dafür ganz erheblich. Jedes Jahr sterben fast 60.000 Menschen an Tollwut und anderen Zoonosen wie Vogelgrippe, Ebola oder Rift-Valley-Fieber. Diese Krankheiten wirken sich aber nicht nur auf die menschliche Gesundheit aus, sondern auch auf die Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere und damit auf die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelproduktion. Deshalb ist es notwendig, im Sinne des fachübergreifenden „One Health-Ansatzes“, die komplexen Zusammenhänge zwischen Human- und Tiergesundheit sowie Umweltaspekten ganzheitlich zu betrachten. Mit unserem Antrag wollen wir den weltweiten Einsatz von Expert*Innen für Maßnahmen im Bereich des internationalen öffentlichen Gesundheitsschutzes und zur Pandemieprävention fördern und auszubauen.

Anlässlich des **Internationalen Tags zur Abschaffung der Tierversuche** am Mittwoch habe ich auf [Facebook](#) auf unsere Forderung hingewiesen, Tierversuche auf Sicht abzuschaffen. Das gelingt nur, indem wir Tierversuche auf ein absolutes Mindestmaß reduzieren und zugleich wissenschaftlich geprüfte Alternativmethoden noch stärker fördern. Bereits jetzt sollten vor allem Tierversuche mit dem Schweregrad "schwer" in Deutschland nicht mehr zugelassen werden.